

AMT DER KÄRNTNER LANDESREGIERUNG

Zl. Verf-224/2/88

Auskünfte: Dr. Glantschnig

Betreff: Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Marktordnungsgesetz
1985 geändert wird (Marktordnungs-
Bezug: gesetz-Novelle 1988); Stellungnahme

Telefon 046 3/536

Durchwahl 30204

Bitte Eingaben ausschließlich
an die Behörde richten und die
Geschäftszahl anführen.

An das

Präsidium des Nationalrates

Betrifft GEBETZEN, WURF	
Zl.	18 - GE 9 88
Datum:	25. MRZ. 1988
Verteilt	25-3, 1988 Rosen 1017 WIEN

Beiliegend werden 25 Ausfertigungen der Stellung-
nahme des Amtes der Kärntner Landesregierung zum Entwurf
eines Bundesgesetzes, mit dem das Marktordnungsgesetz
1985 geändert wird (Marktordnungsgesetz-Novelle 1988),
übermittelt.

Anlage

Klagenfurt, 1988 o3 23

Für die Kärntner Landesregierung:

Der Landesamtsdirektor-Stellvertreter i.V.:

Dr. Unkart eh.

F.d.R.d.A.
Braudhuber

AMT DER KÄRNTNER LANDESREGIERUNG**Zl.** Verf-224/2/88

Betreff: Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Marktordnungsgesetz
1985 geändert wird (Marktordnungs-
gesetz-Novelle 1988);
Bezug: Stellungnahme

Auskünfte: Dr. Glantschnig

Telefon 0 46 3/536

Durchwahl 30204

Bitte Eingaben ausschließlich
an die Behörde richten und die
Geschäftszahl anführen.

An das

Bundesministerium für
Land- und Forstwirtschaft

Stubenring 1

1011 W I E N

Zu dem mit do. Schreiben vom 19. Februar 1988,
GZ. 13.100/01-I C 7/88, übermittelten Entwurf eines Bundes-
gesetzes, mit dem das Marktordnungsgesetz 1985 geändert
wird (Marktordnungsgesetz-Novelle 1988), nimmt das Amt
der Kärntner Landesregierung Stellung wie folgt:

Die mit der vorgeschlagenen Marktordnungsgesetz-
Novelle 1988 in Aussicht genommenen Änderungen, insbesondere
die Vereinfachungen in Bezug auf das Ausgleichssystem
im Milchbereich, die Verlagerung von Entscheidungsbefug-
nissen in die Molkereien bzw. Käsereien und die Einführung
einer entbürokratisierten direkten Handelbarkeit von
Richtmengen sowie die Fortsetzung der freiwilligen Liefer-
rücknahmeaktion im Milchbereich, die Aktualisierung der
Mengenplanung im Getreidebereich und die Sicherstellung
der Finanzierung der Ökologieflächen werden grundsätzlich
begrüßt, wenn auch festzuhalten ist, daß die vorgegebenen
Ziele im konkreten Gesetzesvorschlag nur ansatzweise

- 2 -

Berücksichtigung finden und somit die vorgelegte Novelle lediglich als erster Schritt in die aufgezeigte Richtung angesehen werden kann.

Im Interesse der Sicherung des Einkommens jener Landwirte, die auf eine Milchlieferrung an die Molkereien angewiesen sind, wird daher die schrittweise Abschaffung der Mitfinanzierung der Exporte im Wege des allgemeinen Absatzförderungsbeitrages gefordert. Im Sinne der auch im Arbeitsübereinkommen der neu gebildeten Bundesregierung vom 16. Jänner 1986 verankerten Zielsetzung, die Milch-anlieferung durch eine Anpassung an die Nachfrage im In-und Ausland zu reduzieren, soll als Zielsetzung der Wegfall des allgemeinen Absatzförderungsbeitrages in einem Zeitraum von vier Jahren verankert werden. Es soll demnach keine Förderungsaktion mehr auf die Einhebung dieses Absatzförderungsbeitrages hin aufgebaut werden, vor allem muß eine gesetzlich verankerte subsidiäre Mitfinanzierungsverpflichtung für die Auszahlung der Lieferverzichtsprämien im Wege des allgemeinen Absatzförderungsbeitrages abgelehnt werden.

Zu den einzelnen Bestimmungen ist folgendes zu bemerken:

Zu § 3:

Auch für den in dieser Bestimmung vorgesehenen Ausgleichsbeitrag soll ein stufenweiser Abbau in einem Zeitraum von vier Jahren vorgesehen werden. Der Höchstbetrag, bis zu dem Bearbeitungs- und Verarbeitungsbetriebe sowie Milchgroßhandelsbetriebe zur Entrichtung des Ausgleichs-

- 3 -

beitrages in Abs. 2 verpflichtet werden, ist im Entwurfstext bedauerlicherweise offengelassen worden, sodaß eine inhaltliche Beurteilung dieser Regelung nicht möglich ist.

Zu § 4:

Die Kriterien, nach denen sich der Fonds bei der Festsetzung der Höhe des Ausgleichsbeitrages zu orientieren hat, erscheinen dem Rechtsstaatslichkeitsgebot des Art. 18 B-VG nicht gerecht zu werden.

Zu § 5 Abs. 7:

Die in dieser Bestimmung verankerte Verpflichtung, an die österreichische Milchinformationsgesellschaft einen Werbekostenbeitrag in Höhe von S 0,02/kg Milch leisten zu müssen, muß in dieser Form abgelehnt werden. Wenn mit dem Gesetzentwurf grundsätzlich das wirtschaftliche Risiko, die Entscheidungsgewalt über Investitionen und die Sortiments- bzw. Produktgestaltung den Molkereien übertragen werden soll, dann soll nicht gleichzeitig eine gesetzliche Festschreibung vorgesehen werden, nach der Werbemittel an eine übergeordnete Institution abzuliefern sind.

Zu § 15:

Die in dieser Bestimmung beibehaltene Andienungspflicht sollte dahingehend eingeschränkt werden, daß Versorgungsgebietsregelungen nur für Frischmilch und Trinkmilch festgelegt werden können sollen, zumindest sollte die

- 4 -

Versorgungsgebietsregelung für andere Produkte in einem Zeitraum von vier Jahren abgebaut werden.

Zu § 70:

Die weiterhin bestehende Nichtberücksichtigung der sogenannten "Almmilch" wird grundsätzlich befürwortet, allerdings wäre in diesem Zusammenhang eine Bindung an Fläche und Futtergrundlagen vorzusehen, um die zu Umgehung der Richtmengen bereits praktizierte Verfütterung von im Talbereich gewonnenem Futter auf Almen zu unterbinden.

Zu § 73:

Diese inhaltlich sehr bedeutende Bestimmung ist in der vorgeschlagenen Form legislativ nicht tragbar. Die Regelung erstreckt sich im Entwurfstext auf nicht weniger als 13! Seiten und wird durch die dadurch bedingte mangelhafte Gliederung unlesbar und unverständlich.

Zu § 75:

Die in dieser Bestimmung vorgesehene Übertragung von Einzelrichtmengen sollte mit höchstens 80 v.H. beschränkt werden und die restlichen 20 v.H. sollten im Übertragungsfalle erlöschen.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden unter einem dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Klagenfurt, 1988 o3 23
Für die Kärntner Landesregierung:
Der Landesamtsdirektor-Stellvertret i.V.:
Dr. Unkart eh.

F.d.R.d.A.
Braudhuber